

Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Verena O s g y a n (GRÜ):

Ich frage die Staatsregierung welche Rolle die vom Staatsministerium eingesetzte Strukturkommission zur Universität Nürnberg bei der Auswahl von und den Verkaufsverhandlungen zum möglichen Universitätsgelände an der Brunecker Straße spielt(e), wie weit die Verhandlungen bisher gediehen sind und wer die Entscheidung darüber fällte, dass die ehemaligen Umladehallen auf dem Gelände vor einer möglichen Eigentums- oder Besitzübertragung abgerissen werden sollten.

Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst:

Auf Grundlage der vom Ministerrat festgelegten Rahmenbedingungen wurde zur Erarbeitung der wissenschaftlichen wie organisatorischen Konzeption für die Universität Nürnberg eine Strukturkommission aus national und international renommierten Experten eingerichtet. Sie ist nicht unmittelbar mit der Standortsuche und dem Grunderwerb befasst, hat sich aber grundsätzlich für die Eignung des Geländes des ehemaligen Nürnberger Südbahnhofs an der Brunecker Straße für die Universitätsgründung ausgesprochen. Zielsetzung ist, eine an den Bedürfnissen von Forschung und Lehre orientierte moderne Universität mit modellhaftem Charakter zu entwickeln, und dies bei den Planungen vorrangig zu berücksichtigen.

Die Erwerbsverhandlungen über den Ankauf einer Teilfläche des in Rede stehenden Areals führt die Immobilien Freistaat Bayern mit dem Eigentümer des Geländes. Zwischen den Beteiligten besteht Einvernehmen, dass Besitz, Nutzen und Lasten am Grundstück erst nach Beräumung der baulichen Anlagen, einschließlich der Umladehallen, durch den Verkäufer auf den Freistaat Bayern übergehen. Es wird angestrebt, die Erwerbsverhandlungen, die unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen geführt werden, vor Ende der Legislaturperiode abzuschließen.